Antrag an den Landesjugendtag 2021

„Die Jugend haftet für Hessen – wir wollen unsere Zukunft mitgestalten!“

Antrag-Nr. LA 6

Antragstellender Verband: Landesjugendleitung dbb jugend hessen

Betreff in Stichworten: **Klare Kante gegen extremistische Kräfte, Hass und Hetze**

<u>Antrag</u>:

Die dbb jugend hessen fordert alle demokratischen Parteien – als Mittler zwischen Bevölkerung und Staat – dazu auf, ihre erheblichen Potentiale zu nutzen, um entscheidend zum Kampf gegen Extremismus und menschenfeindlichen Populismus beizutragen.

Zugleich ist es Aufgabe der dbb jugend hessen sich selbst aktiv gegen extremistische Kräfte, Hass, Hetze und Gewalt einzusetzen und attraktive Bildungsformate anzubieten, um jungen Menschen den Sinn eines demokratischen Gemeinwesens näher zu bringen und die Idee der Demokratie als Staatsform und Lebensform stärker miteinander zu verbinden.

Begründung:

Die dbb jugend hessen bekennt sich ausdrücklich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes als tragende Säule der Jugendverbandsarbeit. Folglich betrachten wir mit großer Sorge die zunehmende Gewaltbereitschaft und die wachsende Akzeptanz demokratiefeindlicher Einstellungen unter jungen Erwachsenen in extremistischen Organisationen. Aber auch die Verrohung der Sprache und Debattenkultur hat sich verschärft. Seit Jahren nimmt die Verhetzung des gesellschaftlichen Klimas und Hate Speech im Netz und auf rechtsextremen Internetforen zu und die Flut der aggressiven Beleidigungen, Einschüchterungen und Gewaltandrohungen auch gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst und gewählten Volkvertreter*innen steigt.

Die anhaltende Radikalisierung wachsender Vereinigungen in der Gesellschaft hat zwar ihre Ursachen nicht allein in rechtsextremen Ideologien. Dennoch weist diese aktuell das höchste Bedrohungspotential auf, da die Anzahl der Straftaten 2019 in diesem Bereich bundesweit um 9,4 Prozent auf 22.342 Fälle anstieg und im Vergleich mit den restlichen Bundesländern, nirgends so stark ist wie in Hessen. Hier nahmen die Fälle rechter Straftaten zum Vorjahr von 603 Taten in 2018 auf 920 in 2019 zu. Sieht man parallel die Straftaten im Bereich weiterer extremistischer und verfassungsfeindlicher Gruppen, so geben diese in keiner Weise Anlass zur Beruhigung.

Die dbb jugend hessen fordert alle demokratischen Parteien – als entscheidende Mittler zwischen Bevölkerung und Staat – dazu auf, ihre erheblichen Potentiale zu nutzen um entscheidend zum Kampf gegen Extremismus und menschenfeindlichen Populismus beizutragen. Hierzu gehört die Nutzung der gebotenen Möglichkeiten durch Sensibilisierung und Aktivitäten in Parlament, Regierung und ihren Netzwerken zur öffentlichen Meinungsbildung. Im Rahmen verbesserter gesellschaftlicher Teilhabechancen müssen Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik hinterfragt werden, ob sie ein mehr an Gerechtigkeit erzielen können, um somit den extremistischen und verfassungsfeindlichen Parteien den Nährboden für die Verbreitung ihrer Ideologien zu entziehen.

Die dbb jugend hessen begrüßt ausdrücklich die Einrichtung der Melde- und Beratungsstellen auf Bundes- und Landesebene um z. B. auf der Plattform im hessischen „Cyber Competence Center“ auf Hasskommentare im Internet aufmerksam zu machen und um von Polizei und Justiz prüfen zu lassen, ob die Inhalte strafrechtlich relevant sind. Sie fordert aber gleichzeitig dazu auf, dass Staatsanwaltschaft, Justiz, Verwaltung und Polizei personell so aufgestockt werden, damit Anzeigen zügig bearbeitet und die Täter unverzüglich verfolgt werden können.

Zu den Orten, wo Pluralität und solidarische Werte in demokratischen Organisationen gelebt und immer wieder erneuert werden, gehört auch die Jugendverbandsarbeit der dbb jugend hessen. Sie ist demokratiepolitisch, weil Träger und Akteure von Demokratie im Rahmen von Seminaren im In- und Ausland und Aktionen immer wieder neu informiert und qualifiziert werden. Auf der Basis eines klaren demokratischen Wertefundaments setzt sich die dbb jugend hessen dafür ein, junge Menschen in ihrer politischen Willensbildung zu unterstützen. Das bedeutet, die Jugendlichen in ihrem kritischen Blick auf gesellschaftliche Missstände im demokratischen Staat zu bestärken und sie dazu ermuntern, auf die ggf. notwendige Überwindung hinzuwirken. Ohne den Aufbau von Angst- und Bedrohungsszenarien ist es der bildungspolitische Auftrag, sie resistent gegen inhumane, rassistische, demokratie- und verfassungsfeindliche Argumentationsmuster zu machen.

Die dbb jugend hessen sieht es als Aufgabe, attraktive Formate anzubieten, um jungen Menschen den Sinn eines demokratischen Gemeinwesens näher zu bringen und die Idee der Demokratie als Staatsform und Lebensform stärker miteinander zu verbinden.

	Empfehlung der Antragskommission	Beschluss des Landesjugendtages
angenommen	**x**	**x**
abgelehnt		
Arbeitsmaterial		